

03.07.2019

Neudruck

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Integrationsausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/5976

#### 2. Lesung

### Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen

**Berichterstatlerin:** Abgeordnete Margret Voßeler-Deppe

### Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/5976 – wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 03.07.2019/Ausgegeben: 10.07.2019 (05.07.2019)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



**G e g e n ü b e r s t e l l u n g****Gesetzentwurf der Landesregierung****Beschlüsse des Ausschusses****Zweites Gesetz zur Änderung des  
Abschiebungshaftvollzugsgesetzes  
Nordrhein-Westfalen****Zweites Gesetz zur Änderung des  
Abschiebungshaftvollzugsgesetzes  
Nordrhein-Westfalen****Artikel 1****Artikel 1**

Das Abschiebungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 901), das zuletzt durch Gesetz vom 18. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 770) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- |   |                |
|---|----------------|
| 1. § 4 Absatz 3 wird wie folgt geändert:  | 1. unverändert |
| a) In Satz 2 wird nach der Angabe „4“ die Angabe „und 5“ eingefügt.   |                |
| b) Satz 4 wird aufgehoben.  |                |
| 2. In § 7 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Betreuungsorganisationen“ durch die Wörter „Betreuerinnen und Betreuer“ ersetzt. | 2. unverändert |
| 3. In § 8 Absatz 6 wird nach dem Wort „oder“ das Wort „und“ gestrichen.   | 3. unverändert |
| 4. § 19 wird wie folgt geändert:  | 4. unverändert |
| a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:  |                |
| aa) In Satz 1 werden das Wort „ihm“ durch das Wort „ihr“ und das Wort „ihn“ durch das Wort „sie“ ersetzt.                 |                |
| bb) In Satz 2 werden die Wörter „den untergebrachten Personen“ durch die Wörter „die untergebrachte Person“ ersetzt.      |                |
| b) In Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort „sowie“ durch das Wort „oder“ ersetzt.  |                |

5. § 20 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „eine“ durch die Wörter „ein Vorfall“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 werden vor dem Wort „Besucher“ die Wörter „Besucherinnen und“ eingefügt.

5. unverändert

6. § 24 wird wie folgt gefasst:

**„§ 24  
Fesselung, Fixierung**

(1) Die Leitung einer Einrichtung kann die Fesselung oder die Fixierung in einem besonders gesicherten Raum oder eine Fesselung während eines Transports in eigener Zuständigkeit unter den Voraussetzungen des § 23 Absatz 1 Satz 1 und der nachstehenden Absätze 2 bis 12 anordnen.

(2) Bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport ist die Fesselung auch dann zulässig, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass die Beaufsichtigung nicht ausreicht, um ein Entweichen zu verhindern.

(3) Fesseln dürfen in der Regel nur an Händen oder Füßen angelegt werden. Bei Art und Umfang der Fesselung sind die Untergebrachten zu schonen. Die Fesselung ist unverzüglich zu lockern oder zu entfernen, sobald die Gefahr nicht mehr fortbesteht oder durch mildere Mittel abgewendet werden kann.

(4) Fixierungen dürfen nur angeordnet werden, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Selbstgefährdung oder einer von den Untergebrachten ausgehenden erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter anderer unerlässlich ist und nach dem Verhalten der Untergebrachten oder auf Grund ihres seelischen Zustands andere, weniger einschneidende Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr nicht

6. § 24 wird wie folgt gefasst:

**„§ 24  
Fesselung, Fixierung**

(1) Die Leitung einer Einrichtung kann die Fesselung oder die Fixierung in einem besonders gesicherten Raum oder eine Fesselung während eines Transports in eigener Zuständigkeit unter den Voraussetzungen des § 23 Absatz 1 Satz 1 und der nachstehenden Absätze 2 bis 12 anordnen.

(2) Bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport ist die Fesselung auch dann zulässig, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass die Beaufsichtigung nicht ausreicht, um ein Entweichen zu verhindern.

(3) Fesseln dürfen in der Regel nur an Händen oder Füßen angelegt werden. Bei Art und Umfang der Fesselung sind die Untergebrachten zu schonen. Die Fesselung ist unverzüglich zu lockern oder zu entfernen, sobald die Gefahr nicht mehr fortbesteht oder durch mildere Mittel abgewendet werden kann.

(4) Fixierungen dürfen nur angeordnet werden, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Selbstgefährdung oder einer von den Untergebrachten ausgehenden erheblichen Gefährdung von Leib und Leben anderer unerlässlich ist und nach dem Verhalten der Untergebrachten oder auf Grund ihres seelischen Zustands andere, weniger einschneidende Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr nicht

ausreichen. Bei Art und Umfang der Fixierung sind die Untergebrachten zu schonen. Die Fixierung ist unverzüglich zu lockern oder zu entfernen, sobald die Gefahr nicht mehr fortbesteht oder durch mildere Mittel abgewendet werden kann.

(5) Fixierungen, durch die die Bewegungsfreiheit der Untergebrachten nicht nur kurzfristig aufgehoben wird, bedürfen der vorherigen ärztlichen Stellungnahme und richterlichen Anordnung. Bei Gefahr im Verzug darf die Leitung der Einrichtung die Anordnung vorläufig treffen. § 26 bleibt unberührt. Die richterliche Entscheidung und die ärztliche Stellungnahme sind unverzüglich nachzuholen. Einer Antragstellung bei Gericht bedarf es nur dann nicht, wenn absehbar ist, dass die Entscheidung erst nach Wegfall des Grundes der Maßnahme ergehen wird oder die Maßnahme vor Herbeiführung der Entscheidung tatsächlich beendet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist. Das Gericht ist unverzüglich zu unterrichten, wenn die Fixierung nach Antragstellung bei Gericht, aber vor einer gerichtlichen Entscheidung nicht mehr erforderlich ist.

(6) Während der Fixierung sind die Untergebrachten in besonderem Maße zu betreuen. Sie sind ständig und in unmittelbarem Sichtkontakt zu beobachten.

(7) Fixierungen werden medizinisch überwacht. Die Durchführung der Fixierung sowie der Untersuchungs- und Behandlungsverlauf sind unabhängig von den Dokumentationspflichten nach Absatz 9 durch den medizinischen Dienst zu dokumentieren.

(8) Nach Beendigung einer Fixierung, die nicht richterlich angeordnet worden ist, sind die Untergebrachten über die Möglichkeit zu belehren, die Rechtmäßigkeit der durchgeführten Maßnahme gerichtlich überprüfen zu lassen.

ausreichen. Bei Art und Umfang der Fixierung sind die Untergebrachten zu schonen. Die Fixierung ist unverzüglich zu lockern oder zu entfernen, sobald die Gefahr nicht mehr fortbesteht oder durch mildere Mittel abgewendet werden kann.

(5) Fixierungen, durch die die Bewegungsfreiheit der Untergebrachten nicht nur kurzfristig aufgehoben wird, bedürfen der vorherigen ärztlichen Stellungnahme und richterlichen Anordnung. Bei Gefahr im Verzug darf die Leitung der Einrichtung die Anordnung vorläufig treffen. § 26 bleibt unberührt. Die richterliche Entscheidung und die ärztliche Stellungnahme sind unverzüglich nachzuholen. Einer Antragstellung bei Gericht bedarf es nur dann nicht, wenn bereits zu Beginn der Maßnahme absehbar ist, dass die Entscheidung erst nach Wegfall des Grundes der Maßnahme ergehen wird oder die Maßnahme vor Herbeiführung der Entscheidung tatsächlich beendet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist. Das Gericht ist unverzüglich zu unterrichten, wenn die Fixierung nach Antragstellung bei Gericht, aber vor einer gerichtlichen Entscheidung nicht mehr erforderlich ist.

(6) Während der Fixierung sind die Untergebrachten in besonderem Maße zu betreuen. Sie sind ständig und in unmittelbarem Sichtkontakt zu beobachten.

(7) Fixierungen werden medizinisch überwacht. Die Durchführung der Fixierung sowie der Untersuchungs- und Behandlungsverlauf sind unabhängig von den Dokumentationspflichten nach Absatz 9 durch den medizinischen Dienst zu dokumentieren.

(8) Nach Beendigung einer Fixierung, die nicht richterlich angeordnet worden ist, sind die Untergebrachten über die Möglichkeit zu belehren, die Rechtmäßigkeit der durchgeführten Maßnahme gerichtlich überprüfen zu lassen.

(9) Die Anordnung, die hierfür maßgeblichen Gründe, Entscheidungen zur Fortdauer und die Durchführung der Maßnahmen einschließlich der Beteiligung des ärztlichen Dienstes, die Dauer der Maßnahme, die Art der Überwachung und eine Belehrung nach Absatz 8 sind zu dokumentieren.

(9) Die Anordnung, die hierfür maßgeblichen Gründe, Entscheidungen zur Fortdauer und die Durchführung der Maßnahmen einschließlich der Beteiligung des ärztlichen Dienstes, die Dauer der Maßnahme, die Art der Überwachung und eine Belehrung nach Absatz 8 sind zu dokumentieren.

(10) Über die Fesselung oder Fixierung ist auf Wunsch der Betroffenen deren Rechtsbeistand unverzüglich zu unterrichten.

(10) Über die Fesselung oder Fixierung ist auf Wunsch der Betroffenen deren Rechtsbeistand unverzüglich zu unterrichten.

(11) Fesselungen und Fixierungen sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn sie länger als 24 Stunden aufrechterhalten werden.

(11) Fesselungen und Fixierungen sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn sie länger als 24 Stunden aufrechterhalten werden.

(12) Für die Anordnung einer Fixierung nach Absatz 5 ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Einrichtung ihren Sitz hat. Für das Verfahren gelten die Vorschriften nach Buch 3 Abschnitt 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

(12) Für die Anordnung einer Fixierung nach Absatz 5 ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Einrichtung ihren Sitz hat. Das gerichtliche Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587) in der jeweils geltenden Fassung. Die für Unterbringungssachen nach § 312 Nummer 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit anzuwendenden Bestimmungen gelten entsprechend.

- 7. In § 25 Satz 1 wird das Wort „anordnen“ nach dem Wort „anordnen“ gestrichen.
- 8. In § 49 Satz 2 wird nach dem Wort „wurde,“ das Wort „nicht“ eingefügt.
- 9. In § 54 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „54“ durch die Angabe „53“ ersetzt.

- 7. unverändert
- 8. unverändert
- 9. unverändert

**Artikel 2**

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Unverändert

**Bericht**

**A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/5976 - wurde durch das Plenum am 22. Mai 2019 an den Integrationsausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und an den Innenausschuss überwiesen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen“ sollen die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts für 5- und 7-Punkt-Fixierungen in geschlossenen psychiatrischen Einrichtungen für Fixierungen im Abschiebungshaftvollzug umgesetzt werden.

**B Beratung**

Der Integrationsausschuss hat den Gesetzentwurf am 5. Juni 2019 und am 3. Juli 2019 beraten.

In der Ausschusssitzung am 5. Juni 2019 wurde die Landesregierung um Übersendung der im Rahmen der Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf eingegangenen Stellungnahmen gebeten (Vorlage 17/2159). Zudem wurden weitere Sachverständige um eine schriftliche Stellungnahme gebeten.

In der abschließenden Beratung am 3. Juli 2019 lagen dem Ausschuss neben der Vorlage 17/2159 folgende Stellungnahmen vor:

| Sachverständige/Verbände                                      | Stellungnahme  |
|---|----------------|
| Städte- und Gemeindebund<br>Nordrhein-Westfalen<br>Düsseldorf | <b>17/1637</b> |
| Landkreistag Nordrhein-Westfalen<br>Düsseldorf                |                |
| Städtetag Nordrhein-Westfalen<br>Köln                         |                |
| Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland<br>Berlin              | <b>17/1624</b> |

Der mitberatende Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 6. Juni 2019 und der mitberatende Rechtsausschuss am 19. Juni 2019 beraten und ihre Mitberatungen ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Der federführende Integrationsausschuss hat den Gesetzentwurf letztmalig in seiner Ausschusssitzung am 3. Juli 2019 aufgerufen und abschließend beraten. Zur abschließenden

Beratung lag dem Ausschuss ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/6749, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung vor.

### **C Abstimmung**

Zunächst wurde über den Änderungsantrag, Drucksache 17/6749, abgestimmt. Dieser wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD angenommen.

In der abschließenden Abstimmung über den so geänderten Gesetzentwurf wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD angenommen.

Der Integrationsausschuss empfiehlt dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses.

Margret Voßeler-Deppe  
Vorsitzende